

**Vortrag von Kaja Anna Kaźmierska<sup>1</sup>**  
**im Rahmen der 1. AIES-KFIBS-Nachwuchstagung**  
**„Die Europäische Union im Dauerkrise nmodus? ‚Schicksalswahlen‘ 2017 in**  
**einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der Beginn des EU-Austrittsprozesses**  
**Großbritanniens“ am 17. November 2017 in Wien zum Thema:**

**„Brexit und Rechtspopulismus:  
Ist das deutsch-französische Tandem unvermeidlich?“**

**Redemanuskript:**

## **Einleitung**

In meiner Präsentation möchte ich mich mit der Frage beschäftigen, wer die dritte Kraft in der Europäischen Union (EU) werden kann und ob im Lichte der politischen Ereignisse der letzten Jahre in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten ein deutsch-französisches Tandem unvermeidlich ist.

Um diese Fragen zu beantworten, werde ich zunächst ein paar Worte zu den zwei Hauptakteuren in der EU, sprich Deutschland und Frankreich, sagen. Danach werde ich die Frage stellen, wer die dritte Kraft in der EU sein bzw. werden kann. Zudem werde ich versuchen, eine Definition von dritter Kraft zu geben. Danach werde ich überprüfen, welche Mitgliedstaaten in der heutigen EU als dritte Kraft fungieren könnten. Vor allem aber werde ich mich auf das Vereinigte Königreich und auf Polen konzentrieren. Am Ende meiner Ausführungen werde ich noch Italien und Spanien als potenzielle Kandidaten für eine dritte Kraft in Europa in den Blick nehmen, bevor ich mich dann noch mit der Frage beschäftigen werde, ob ein deutsch-französisches Tandem tatsächlich unvermeidlich ist.

Die friedliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich war der wesentliche Grund dafür, wieso die EU (damals noch unter dem Namen: „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl [EGKS]“) nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde. Seitdem sind Deutschland und Frankreich immer die zwei wichtigsten EU-Mitgliedstaaten gewesen, welche die Richtung der EU-Politik am meisten geprägt haben. Zum Beispiel haben im

---

<sup>1</sup> Rechts- und Politikwissenschaftlerin, LLB, LL.M., MA, *Junior Legal Consultant*, Spark Legal Network, London, Vereinigtes Königreich.

Jahr 1963 Konrad Adenauer und Charles de Gaulle mit dem Élysée-Vertrag die deutsch-französische Verbindung als treibende Kraft Europas aufgebaut.<sup>2</sup>

Auch heutzutage ist die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in der EU immer noch sehr eng und sehr wichtig für die Entwicklung der europäischen Politik. So hat beispielsweise der französische Staatspräsident Emmanuel Macron die deutsche Kanzlerin Angela Merkel in den ersten drei Monaten seiner Präsidentschaft insgesamt neunmal getroffen: zweimal so oft wie die Staatsoberhäupter Italiens und der Vereinigten Staaten von Amerika und dreimal so oft wie die Staatsschefs Russlands und Großbritanniens.<sup>3</sup>

Da also klar ist, wer die zwei Hauptakteure der EU sind, kann die Frage in den Raum gestellt werden, wer die dritte Kraft in der EU ist – und was überhaupt „dritte Kraft“ in der EU konkret bedeutet. Gemeint ist natürlich keine offizielle Stelle, kein Organ oder eine Institution der EU. Auch die EU-Verträge schweigen *in puncto* dritter Kraft. Sowohl in den Medien als auch in der (Fach-)Literatur begegnet man diesem Begriff ein um das andere Mal. Die Auslegung des Begriffes deutet an, dass eine dritte Kraft in der EU derjenige Mitgliedstaat ist, der – neben Deutschland und Frankreich – am meisten die Politik und die Vision der EU beeinflusst. Obwohl die EU (noch) aus 28 Mitgliedstaaten besteht, hätten nur die größten EU-Mitgliedstaaten, d. h. das Vereinigte Königreich, Polen, Italien oder Spanien, eine realistische Möglichkeit, dritte Kraft innerhalb Europas zu werden.

Zu diesem Schluss kann man auch kommen, wenn man sich die diesbezüglichen Daten einmal genauer anschaut, insbesondere die Statistik zur Bevölkerung der EU. Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat hat 82,6 Millionen Einwohner. Danach folgen Frankreich mit 66,9 Millionen, Großbritannien mit 65,6 Millionen, Italien mit fast 61 Millionen, Spanien mit 46,5 Millionen und Polen mit knapp 38 Millionen Einwohnern.<sup>4</sup> Obwohl also unter diesen sechs größten EU-Staaten Deutschland zweimal so viele Einwohner wie Polen aufweist, hat jedoch ein EU-Land wie Rumänien, der nächstgrößte Staat, gerade einmal die Hälfte der Bevölkerung Polens, nämlich annähernd 20 Millionen Einwohner (Stand: 2016).<sup>5</sup> Der Unterschied ist also sehr signifikant.

Dies hatte noch bis Ende März dieses Jahres einen direkten Einfluss auf die Anzahl der Stimmen der Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union und deswegen auch Auswirkungen

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu <http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Deutsch-Franzosischer-Tag.1342.html> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>3</sup> Vgl. Sophie Pedder, Regeneration. France's new beginning, in: The Economist v. 30.09.2017.

<sup>4</sup> Einwohnerzahlen aus dem Jahr 2016.

<sup>5</sup> Vgl. dazu [https://europa.eu/european-union/about-eu/figures/living\\_en](https://europa.eu/european-union/about-eu/figures/living_en) (letzter Zugriff: 10.12.2017).

auf die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, die Richtung der EU-Politik im Europäischen Rat zu prägen. Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien hatten alle 29 Stimmen, während Spanien und Polen nur 27 Stimmen besaßen. Der nächstgrößte EU-Staat Rumänien hatte 14 Stimmen, sprich ungefähr die Hälfte der Anzahl der Stimmen Polens.<sup>6</sup>

## Das Vereinigte Königreich als dritte Kraft der EU

Das Vereinigte Königreich zählte nicht zu den sechs europäischen Staaten, die 1951 die Montanunion bzw. die EGKS gründeten. Erst im Jahr 1961 wurde der erste britische EG-Aufnahmeantrag gestellt. Die Hauptmotive für die Antragstellung waren wirtschaftlicher und politischer Natur. Großbritannien wollte auch Zugang zum kontinentaleuropäischen Markt haben. Mehr noch war aber für Großbritannien die Aufrechterhaltung der „besonderen Beziehung“ (*special relationship*) zu den USA von Bedeutung. Der damalige amerikanische Präsident John F. Kennedy forderte seinerseits die Mitgliedschaft von Großbritannien in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), um damit die NATO vor dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle zu schützen.<sup>7</sup>

Die Pro-EWG-Außenpolitikerelite Großbritanniens behauptete, dass Großbritannien, sobald es Mitglied in der EWG sei, dank seiner Atomwaffen, seines Weltmachtstatus und seines außenpolitischen Prestiges die politische Kontrolle über die eigene Zukunft übernehmen würde.<sup>8</sup>

Europa war aber nie ein zentraler Punkt der Außenpolitik Großbritanniens. Die Außenpolitik des Vereinigten Königreichs stützte sich auf Winston Churchills „Drei-Kreise-Doktrin“ aus dem Jahr 1948. Gemäß dieser Doktrin waren die „drei Kreise“, in denen Großbritannien aktiv war, Westeuropa, das Commonwealth und die USA, wobei Großbritannien inmitten aller drei Kreise die Rolle eines Vermittlers spielen sollte.<sup>9</sup>

Die britische Politik war nicht bereit, den Verlust der nationalen Souveränität zu akzeptieren, der mit der Integration in die Strukturen der Europäischen Gemeinschaften (EG) einherging. Internationale Organisationen boten für Großbritannien zudem kaum Anreizpunkte.

---

<sup>6</sup> Vgl. Kaetzler, Joachim/Richter, Uta Sophie, Qualified Majority Voting in the EU, <https://www.lexology.com/library/detail.aspx?g=232a482a-c56b-48da-936d-413c583391fe>, 30.12.2015 (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>7</sup> Vgl. Elvert, Jürgen, A Fool's Game or a Comedy of Errors? EU Enlargements in Comparative Perspective, in: Kaiser, Wolfram/Elvert, Jürgen (Hrsg.), European Union Enlargement. A Comparative History, London/New York 2004, S. 189-208.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Vgl. Nugent, Neill, Previous Enlargement Rounds, in: Nugent, Neill (Hrsg.), European Union Enlargement, New York 2004, S. 22-33.

Bei der EWG war auch die Supranationalität nicht wünschenswert, was die Opposition gegen die britischen Mitgliedschaftsanträge von 1961 und 1967 seinerzeit stark hervorgehoben hatte. Großbritannien hat zudem niemals konsequent alle europäischen Regeln akzeptiert. Es war immer eines der Mitgliedstaaten, welches die meisten *Opt-out*-Klauseln in den Verhandlungen für sich gesichert hat, so z. B. gegenüber der Eurozone und dem Schengen-Raum sowie betreffend der Charta der Grundrechte der EU. Trotzdem wurde der EG-Beitritt Großbritanniens – von einem Land mit einem ähnlichen politischen Gewicht wie Deutschland und Frankreich – als Möglichkeit angesehen, der deutsch-französischen Allianz entgegenzuwirken.

Die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien stellen nämlich eine Kategorie *sui generis* dar. Sie können sich immer noch auf ihr eigenes politisches Gewicht verlassen, um Entwicklungen zu beeinflussen – und sie sind weniger von multilateralen Institutionen abhängig. Die EU ist nur einer von mehreren relevanten institutionellen Rahmen, in denen diese Staaten tätig werden können. Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind an der Gestaltung der EU-Politik in einem viel größeren Maße beteiligt als andere europäische Staaten und sind die einzigen EU-Länder, die auch einzeln als *global player* wahrgenommen werden. Italien, Spanien und Polen verfügen natürlich auch über beträchtliche Kapazitäten und politische Ambitionen, die sich aber primär auf bestimmte Regionen konzentrieren, mit denen diese Länder historisch und geografisch verbunden sind. Beispielsweise ist Spanien sehr aktiv im Hinblick auf die Beziehungen der EU zu Lateinamerika (schließlich gibt es mit den Staaten Lateinamerikas eine sprachliche Verbindung, da sie vor allem spanischsprachige Länder sind), und Polen nimmt seinerseits aktiv an der Gestaltung der Beziehungen der EU zu seinen östlichen Nachbarstaaten teil. Spanien, Polen und Italien spielen aber nicht in der gleichen „außenpolitischen Liga“ wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die von der Carnegie Endowment for International Peace als „die großen Drei“ (*The Big Three*) bezeichnet werden.<sup>10</sup>

Dies kann man auch mit Zahlen untermauern: Zusammen repräsentieren Deutschland, Frankreich und Großbritannien nämlich mehr als 40 Prozent der EU-Bevölkerung (Deutschland 16,3 Prozent, Frankreich 12,6 Prozent und Großbritannien 12,5 Prozent) und fast die Hälfte des EU-BIP (Deutschland 20,3 Prozent, Frankreich 15,8 Prozent und Großbritannien 13,8 Prozent). Mit knapp 60 Prozent haben die drei Mitgliedstaaten den größten Anteil an den Militärausgaben der EU: Deutschland mit 16 Prozent, Frankreich und Großbritannien mit jeweils 21,4 Prozent. Was die außenpolitischen Aktivitäten betrifft, arbeiten knapp 40 Prozent der EU-Diplomaten für

---

<sup>10</sup> Lehne, Stefan, *The Big Three in EU Foreign Policy*, abrufbar unter: <http://carnegieeurope.eu/2012/07/05/big-three-in-eu-foreign-policy-pub-48759>, 05.07.2012 (letzter Zugriff: 15.11.2017).

die sogenannten großen Drei (Deutschland 12,5 Prozent, Frankreich 12,1 Prozent und Großbritannien 14 Prozent).<sup>11</sup>

Es scheint klar zu sein, dass vor dem Brexit-Referendum Großbritannien die dritte Kraft der EU gewesen ist und diese Position von den anderen Mitgliedstaaten nicht herausgefordert wurde. Mit dem Brexit-Votum vom 23. Juni 2016 hat sich jedoch alles geändert; seither ist die Frage der dritten Kraft wieder vollkommen offen.

## **Polen als dritte Kraft der EU**

Polen ist kein offensichtlicher Kandidat dafür gewesen, die dritte Kraft der EU zu werden. Das Land ist ein relativ neues Mitglied der Europäischen Union, welches erst im Jahr 2004 im Rahmen der „Big Bang“-Erweiterung der EU beigetreten ist. Es ist auch ein Land aus der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre.

Gleichzeitig ist Polen jedoch einer der größten EU-Mitgliedstaaten. Es ist ein Land, das eine insgesamt sehr europafreundliche Gesellschaft aufweist. Nach einer Umfrage vom April 2017 sind 88 Prozent der Polen für eine Mitgliedschaft Polens in der EU – und es ist die größte Zustimmungsrate bei allen Mitgliedstaaten der Union.<sup>12</sup> Polen ist bzw. war bis zur Parlamentswahl im Jahr 2015 sehr aktiv auf EU-Ebene, hatte viele neue Initiativen vorgeschlagen und setzte sich außerdem sehr stark für eine weitere Erweiterung der EU ein.

Der wohl größte Erfolg Polens auf EU-Ebene war die polnische Ratspräsidentschaft des Jahres 2011. Ungefähr zur Zeit der polnischen EU-Ratspräsidentschaft haben die Medien damit begonnen, Polen zum ersten Mal als mögliche dritte Kraft der EU anzusehen. Es wurde beispielsweise medial berichtet, dass in Zeiten, in denen EU-Länder wie Spanien merklich zu schwächeln begannen, es Polens europapolitisches Ziel gewesen ist, eine der Größe und der Wirtschaftskraft des Landes angemessene Rolle als die Nummer drei in der EU einzunehmen und als dritte Kraft – zusammen mit Deutschland und Frankreich – ein Schwergewicht in der

---

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Vgl. „Nowy sondaż CBOS. Polacy chcą Unii Europejskiej, ale nie euro“ – „Neue Umfrage des CBOS. Die Polen wollen die Europäische Union, aber nicht den Euro“ (eigene Übersetzung), in: Gazeta Wyborcza v. 27.04.2017, <http://wyborcza.pl/7,75398,21703900,nowy-sondaz-cbos-polacy-chca-unii-europejskiej-ale-nie-euro.html> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

Mitte Europas zu bilden.<sup>13</sup> Auch die österreichischen Medien waren der Meinung, dass Polen die dritte Kraft in der EU werden wollte.<sup>14</sup>

Keine Frage: Polen hatte sich sehr ehrgeizige Ziele während der EU-Ratspräsidentschaft 2011 gesetzt. In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, dass die polnische Ratspräsidentschaft nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon (2009) stattfand, der die Kompetenzen des Landes, welches die EU-Präsidentschaft innehatte, signifikant verringert hat.<sup>15</sup>

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2011 war auch deswegen von besonderer Bedeutung, weil es sich dabei um die erste Ratspräsidentschaft Polens, welches erst seit dem Jahr 2004 EU-Mitglied ist, handelte. Die Hauptziele dieser Ratspräsidentschaft waren die weitere EU-Integration, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Behandlung wichtiger energiepolitischer Themen, die Stärkung der inneren Sicherheit in der EU, die Verbesserung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten Europas im Rahmen der sogenannten Östlichen Partnerschaft<sup>16</sup> und die Entwicklung der südlichen Nachbarschaftsbeziehungen.<sup>17</sup>

Inwieweit die oben genannten Ziele verwirklicht wurden, ist indes eine andere Frage: Die „Östliche Partnerschaft“ wurde beispielsweise nicht wesentlich vorangetrieben. Der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft 2009 wurden sogar größere Erfolge in der Entwicklung der östlichen Nachbarschaft zugeschrieben als der polnischen Präsidentschaft im Jahr 2011.<sup>18</sup> Die Tatsache, dass eine EU-Ratspräsidentschaft unter den neuen Regeln des Lissabon-Vertrages das Projekt einer Ratspräsidentschaft unter den Vertragsregelungen von Nizza (2003) fortsetzen wollte, zeigt das Streben nach Kontinuität in der europäischen Politik und die Zielsetzungen vor

---

<sup>13</sup> Vgl. hierzu Jäger-Dabek, Brigitte, Polen übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft, abrufbar unter: <http://www.das-polen-magazin.de/polen-uebernimmt-die-eu-ratspraesidentschaft/>, 01.07.2011 (letzter Zugriff: 13.12.2017).

<sup>14</sup> Vgl. Friedinger, Daniela, Warschau hat ehrgeizige Pläne für die Ratspräsidentschaft, in: Wirtschaftsblatt v. 30.06.2011, S. 9; o. V., EU-Agenda: Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft, <http://www.euractiv.de/220/artikel/eu-agenda-das-programm-der-polnischen-ratspraesidentachft-004897>, 01.06.2011 (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>15</sup> Vgl. Der Lissabonner Vertrag auf einen Blick, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/43000/grafik-lissabonner-vertrag>, 24.09.2009, bpb-Dossier „Die Europäische Union“ (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>16</sup> Vgl. Schrötter, Hans Jörg, Kleines Europa-Lexikon. Geschichte, Politik, Recht, München 2010, S. 265-268.

<sup>17</sup> Vgl. Friedinger, Daniela, Warschau hat ehrgeizige Pläne für die Ratspräsidentschaft, in: Wirtschaftsblatt v. 30.06.2011, S. 9; EU-Agenda: Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft, <http://www.euractiv.de/220/artikel/eu-agenda-das-programm-der-polnischen-ratspraesidentachft-004897>, 01.06.2011 (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>18</sup> Vgl. Zagner, Agnieszka, „Nie dalo się tego zrobić lepiej“ – „Man hätte es nicht besser machen können“ (eigene Übersetzung), <http://www.polityka.pl/swiat/prezydencja/1522993.1,andrzej-olechowski-podsumowuje-polska-prezydencje-read>, 31.12.2011 (letzter Zugriff: 10.12.2017); vgl. ferner Ström Melin, Annika, Schweden: Fade aber seriös, in: Dagens Nyheter v. 15.12.2009, <http://www.presseurop.eu/de/content/article/155601-fade-aber-serioes> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

und nach dem Lissabonner Vertrag. Es kann nicht gesagt werden, dass in Bezug auf die Östliche Partnerschaft keine Maßnahmen ergriffen wurden. An dieser Stelle soll an das Wirtschaftsforum der Östlichen Partnerschaft in Warschau im September 2011 erinnert werden, welches während der EU-Ratspräsidentschaft Polens stattfand, und zusätzlich an die „Go East, Erasmus!“-Initiative<sup>19</sup>.

Die polnische Regierung wurde damals durch Amnesty International in der Hinsicht gerügt, dass die Fortentwicklung der Menschenrechte in Weißrussland nicht genügend durch die EU-Ratspräsidentschaft unterstützt worden sei.<sup>20</sup> Andrzej Olechowski, ein polnischer Politiker, hat die Ergebnisse der polnischen Ratspräsidentschaft ebenfalls getadelt.<sup>21</sup> Als weiteres Versäumnis nannte er (und andere Beobachter der polnischen EU-Präsidentschaft, insbesondere die Abgeordneten des Europäischen Parlaments)<sup>22</sup> das Ausbleiben von Fortschritten im Bereich der Energie. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft hat es – laut Olechowski – überdies nicht vermocht, die anderen Mitgliedstaaten von der Öffnung des Schengen-Raums für Bulgarien und Rumänien zu überzeugen,<sup>23</sup> was als Beweis für eine nicht erfolgreiche Ausübung der Vermittlungsfunktion angesehen werden kann. Gleichzeitig ist Olechowski aber der Meinung, dass es wahrscheinlich doch nicht möglich gewesen wäre, die Ratspräsidentschaft Polens 2011 besser oder effektiver durchzuführen.<sup>24</sup> Das würde bedeuten, dass nach den Änderungen, die durch den Lissabonner Vertrag erfolgten, es wirklich nicht möglich gewesen wäre, die ehrgeizigen Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft zu verwirklichen. Einige der Misserfolge können mit dem Mangel an Erfahrung aufseiten der polnischen Regierung erklärt werden; jedoch waren auch die aus dem Vertrag von Lissabon stammenden Beschränkungen von Bedeutung.

Das größte Problem während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft war das britische Veto gegen den Fiskalpakt. Es scheint, als ob dies eine Möglichkeit für Polen darstellte, eine Vermittlungsfunktion auszuüben und den britischen Premierminister David Cameron von der gemeinsamen Vision zu überzeugen. Andrzej Olechowski merkt hierzu seinerseits an,<sup>25</sup> dass es

---

<sup>19</sup> Vgl. <http://pl2011.eu/de/content/polnischer-eu-ratsvorsitz-go-east-erasmus> (10.06.2012).

<sup>20</sup> Vgl. Zagner, Agnieszka, „Nie dalo się tego zrobić lepiej“ – „Man hätte es nicht besser machen können“ (eigene Übersetzung), <http://www.polityka.pl/swiat/prezydencja/1522993,1,andrzej-olechowski-podsumowuje-polska-prezydencje.read>, 31.12.2011 (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>21</sup> Vgl. ebd., <http://www.polityka.pl/swiat/prezydencja/1522993,1,andrzej-olechowski-podsumowuje-polska-prezydencje.read>.

<sup>22</sup> Vgl. o. V., Beifall aber auch Kritik an polnischer EU-Ratspräsidentschaft, in: Der Standard v. 14.12.2011.

<sup>23</sup> Vgl. ebd.

<sup>24</sup> Vgl. Zagner, Agnieszka, „Nie dalo się tego zrobić lepiej“ – „Man hätte es nicht besser machen können“ (eigene Übersetzung), <http://www.polityka.pl/swiat/prezydencja/1522993,1,andrzej-olechowski-podsumowuje-polska-prezydencje.read>, 31.12.2011 (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>25</sup> Vgl. ebd., <http://www.polityka.pl/swiat/prezydencja/1522993,1,andrzej-olechowski-podsumowuje-polska-prezydencje.read>.

noch zu früh sei, um mit Sicherheit sagen zu können, ob die polnischen Diplomaten in diesem Bereich tatsächlich eine Änderung hätten bewirken können.

Der polnische Außenminister Radosław Sikorski hat während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft oft die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die Britin Catherine Ashton, vertreten, so z. B. bei den Verhandlungen mit den europäischen Nachbarstaaten und mit Indien.<sup>26</sup> Es ist erst während der polnischen Ratspräsidentschaft geregelt worden, wie die Vertretungen künftig aussehen sollen.

Die Eröffnungsrede von Donald Tusk, dem damaligen polnischen Premierminister, im Europäischen Parlament (EP) anlässlich der Ratspräsidentschaft Polens wurde europaweit kommentiert und brachte eine wichtige Debatte hervor:<sup>27</sup> In dieser Rede hat Tusk sowohl die Bedeutung der Einigkeit Europas als auch die Stärke der EU betont.<sup>28</sup> Die Rede ist ein deutliches Zeichen dafür gewesen, dass sich die polnische Ratspräsidentschaft während ihrer Amtszeit den immer lauter werdenden Stimmen der Euroskeptiker nicht unterordnen wollte.

Im Oktober 2015 haben in Polen jedoch die Parlamentswahlen stattgefunden, welche den polnischen Traum, dritte Kraft der EU zu werden, wie eine Seifenblase zerplatzen ließen. Die rechtspopulistische Partei „Recht und Gerechtigkeit (PiS)“ hatte es geschafft, die absolute Mehrheit bei der polnischen Parlamentswahl zu gewinnen.

Nach zwei Jahren Amtszeit der PiS-Regierung könnte Polen zum ersten Mitgliedstaat werden, gegen den die EU ein Sanktionsverfahren gemäß Art. 7 des Vertrages über die EU (EUV) einleitet. Die Europäische Kommission hat schon die ersten Schritte in diese Richtung unternommen. Auch das EP hat im November 2017 darüber abgestimmt und sich dafür ausgesprochen, die Angelegenheit an den parlamentarischen Ausschuss zu übergeben, damit die Prozedur auch vom EP – unabhängig von der EU-Kommission – begonnen werden kann.<sup>29</sup> Das EP hat nämlich dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres das Mandat erteilt, einen Sonderbericht über Polen auszufertigen. Auf diese Weise wird das Europäische Parlament

---

<sup>26</sup> Vgl. Gostyńska, Agata/Liszczyk, Dorota, „Polska prezydencja wspomaga Catherine Ashton“ – „Die polnische Ratspräsidentschaft unterstützt Catherine Ashton“ (eigene Übersetzung), [http://wyborcza.pl/prezydencja2011/1,111636,10723882,Polska\\_prezydencja\\_wspomaga\\_Catherine\\_Ashton.html](http://wyborcza.pl/prezydencja2011/1,111636,10723882,Polska_prezydencja_wspomaga_Catherine_Ashton.html), 28.11.2011 (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>27</sup> Vgl. o. V., Polnischer EU-Vorsitz für Solidarität, <http://www.oe24.at/welt/Tusk-im-EU-Parlament-Polnischer-EU-Vorsitz-fuer-Solidaritaet/33361489>, 06.07.2011 (10.06.2012); Adekoya, Remi, Tusk praised and criticised in Strasbourg, <http://www.wbj.pl/article-55247-tusk-praised-and-criticized-in-strasbourg.html> (10.06.2012).

<sup>28</sup> Die Rede von Donald Tusk im EP ist abrufbar unter: [http://wyborcza.pl/1,76842,9905854,Tusk\\_Europa\\_to\\_najlepsze\\_miejsce\\_na\\_Ziemi\\_STENOGRAM.html](http://wyborcza.pl/1,76842,9905854,Tusk_Europa_to_najlepsze_miejsce_na_Ziemi_STENOGRAM.html), 06.07.2011 (letzter Zugriff: 13.12.2017).

<sup>29</sup> Vgl. hierzu unter <https://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/ke-jestesmy-bardzo-blisko-od-skorzystania-z-art-7-przeciwko-polsce,758216.html> und unter <http://www.lex.pl/czytaj/-/artykul/pe-uruchomil-procedure-przeciwko-polsce> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

in der Lage sein, den Bericht des Ausschusses auf der Plenarsitzung zu verabschieden und den Europäischen Rat aufzufordern, die gemäß Art. 7 Abs. 1 EUV vorgesehen Maßnahmen zu ergreifen.

Es gibt auch einen diplomatischen Konflikt zwischen Polen und Frankreich, der seit der französischen Präsidentschaftskampagne vom Frühjahr 2017 besteht und seitdem weiter eskaliert. Der diplomatische Konflikt zwischen Polen und Frankreich betrifft die Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern in die EU. Im vergangenen Jahr hat die Europäische Kommission eine Überarbeitung der Richtlinie von 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern in die EU vorgeschlagen. Gemäß der wichtigsten vorgeschlagenen Änderung sollte der Grundsatz des gleichen Entgelts für dieselbe Arbeit am selben Ort eingeführt werden.<sup>30</sup> Dies würde bedeuten, dass ein Arbeitnehmer, der von einem Arbeitgeber vorübergehend zur Arbeit in ein anderes EU-Land entsendet wird, so viel Geld wie ein lokaler Arbeitnehmer für denselben Arbeitsplatz verdient. Für polnische Unternehmen, die fast 0,5 Millionen Arbeitnehmer entsenden, ist dies ausgesprochen nachteilig.<sup>31</sup> Wenn die Gesetzgebung in Kraft getreten wäre, würde dies nach Ansicht der polnischen Regierung die Position der polnischen Unternehmer auf dem EU-Markt, der mit westlichen Unternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig wäre, erheblich verschlechtern. Da Frankreich die Änderung der Richtlinie sehr stark unterstützt, hat dieser Umstand zu einem diplomatischen Konflikt mit Frankreich geführt.

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat sich beispielsweise dahin gehend geäußert, dass „Warschau Politik eine Abkehr von europäischen Werten ist. Es geht um die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit“. Nach Ansicht von Paris bricht Warschau auch mit der Solidarität der EU auf Grundlage gemeinsamer Schritte gegenüber Flüchtlingen.<sup>32</sup> Im August 2017 sagte Macron, dass „Europa eine Region ist, die auf den Werten der Demokratie und der Freiheiten aufgebaut ist, mit denen Polen derzeit in Konflikt steht“.<sup>33</sup> Im Sommer dieses Jahres

---

<sup>30</sup> Vgl. Entsendung von Mitarbeitern, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=471&langId=de> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>31</sup> Vgl. „Rafalska: zmiany w dyrektywie o pracownikach delegowanych uderzają w polskie firmy“ – „Rafalska: Änderungen in der Richtlinie über entsandte Arbeitnehmer treffen polnische Unternehmen“ (eigene Übersetzung), 05.09.2017, <http://www.pap.pl/aktualnosc/polityka-krajowa/news,1072593,rafalska-zmiany-w-dyrektywie-o-pracownikach-delegowanych-uderzaja-w-polskie-firmy.html?pdf=2> (letzter Zugriff: 11.12.2017); vgl. ferner Ćwiklak, Dariusz, „Rząd przegrał w sprawie pracowników delegowanych“ – „Die Regierung hat bezüglich der entsandten Arbeiter verloren“ (eigene Übersetzung), 24.10.2017, <http://www.newsweek.pl/opinie/dyrektywa-o-pracownikach-delegowanych-porazka-polski-artykuly,417994,1.html> (letzter Zugriff: 11.12.2017).

<sup>32</sup> „Macron: polski rząd nie jest rzecznikiem Europy Wschodniej“ – „Macron: Die polnische Regierung spricht nicht für Osteuropa“ (eigene Übersetzung), 31.08.2017, <https://www.tvn24.pl/wiadomosci-ze-swiata,2/macron-krytykuje-polske-warszawa-nie-jest-rzecznikiem-europy-wschodniej,768689.html> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>33</sup> „Macron w 'Spieglu': Polacy coraz bardziej oddalają się od Europy“ – „Macron im ‚Spiegel‘: Die Polen entfernen sich immer mehr von Europa“ (eigene Übersetzung), 14.10.2017, <https://www.tvn24.pl/wiadomosci-ze-swiata,2/macron-w-spieglu-polacy-coraz-bardziej-oddalaja-sie-od-europy,781397.html> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

hat Macron auch eine Reise in die ost- und mitteleuropäischen Länder unternommen. Er hat z. B. Bulgarien und Rumänien besucht. Die Oppositionspolitiker Polens haben die Abwesenheit von Emmanuel Macron in Warschau während seiner Reise durch Mitteleuropa als ein weiteres Signal der wachsenden staatlichen Isolation des Landes auf internationaler Ebene interpretiert.

Macron hielt auch die Umstellung Polens auf die Revision der Richtlinie über entsandte Arbeitnehmer für einen Fehler, was laut dem französischen Präsidenten zu „Sozialdumping und unfairem Wettbewerb“ führt. Macron weiter: „Die Position eines Landes, das beschlossen hat, sich in Europa zu isolieren, wird den Abschluss unseres ehrgeizigen Kompromisses nicht untergraben.“<sup>34</sup>

Hinzu kommt: Der Gipfel des sogenannten Weimarer Dreiecks, ein außenpolitisches Konsultationsforum Deutschlands, Frankreichs und Polens, das seit über 25 Jahren funktioniert, wurde im Jahr 2017 unbegrenzt außer Kraft gesetzt. Das primäre Ziel der Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks war die Einführung der neuen Demokratien Ostmitteleuropas, vor allem der polnischen Demokratie, in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien. In der gemeinsamen Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zur Zukunft Europas, die in Weimar am 29. August 1991 verabschiedet wurde, meinten die Vertreter der drei Staaten, dass die Deutschen, Franzosen und Polen besonders dafür verantwortlich seien, solche Formen guter Nachbarschaft zu schaffen, die auch künftig funktionieren sollten.<sup>35</sup>

Als dieses Ziel mit dem Beitritt Polens zur NATO und zur EU erreicht wurde, ist es notwendig geworden, die Aufgaben des Weimarer Dreiecks neu zu definieren. Seitdem wurde das Weimarer Dreieck als Forum für Konsultationen und zur Ausarbeitung gemeinsamer Standpunkte zu wichtigen europapolitischen Fragen wie die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Außenbeziehungen der Union und die europäische Politik genutzt.

Heutzutage ist Polen in keiner guten Verfassung auf internationaler Ebene. Ein Beispiel für die zunehmende Isolation der polnischen Regierung auf EU-Ebene aus der Vergangenheit: die Abstimmung über den Kandidaten für die Stelle des Präsidenten des Europäischen Rates. Der ehemalige polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski hatte sich in den polnischen Medien dahin gehend geäußert, dass „wir in einer Situation sind, in der wir leider unsere Position in der Europäischen Union marginalisiert haben. Ich spreche über das Polen der PiS-Regierung“. Kwaśniewski sagte noch, dass „wir [die Polen] weder mit den Deutschen noch mit den Franzosen reden. Die Visegrád-Gruppe [sprich: Polen, Tschechen, die Slowakei und Ungarn]

---

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Vgl. Weimarer Dreieck – die Website des polnischen Außenministeriums, [http://www.msz.gov.pl/pl/polityka\\_zagraniczna/europa/trojkat\\_weimarski/](http://www.msz.gov.pl/pl/polityka_zagraniczna/europa/trojkat_weimarski/) (letzter Zugriff: 10.12.2017).

bricht zusammen. Wir werden allein sein. Ein bisschen wie bei der Abstimmung über den Kandidaten für den Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk: 27 gegen uns. In diesem Moment existiert das Weimarer Dreieck nicht mehr, was ein großer Fehler ist“.<sup>36</sup>

Janusz Lewandowski, ehemaliger polnischer EU-Kommissar, ist ebenfalls wenig optimistisch. Er sagte neulich: „Wir sind in der NATO, wir sind in der EU, aber es ist, als ob wir nicht dort wären. Und es war so von dem Moment an, als Premierministerin Beata Szydło die EU-Flagge gnädigerweise aus ihrem Büro holte.“<sup>37</sup>

Kurzum: Es scheint so als ob, zumindest so lange in Polen die PiS-Regierung an der Macht ist, es keine Chance für Polen gibt, die dritte Kraft in der EU zu werden.

## Italien und Spanien als dritte Kraft der EU

Wie schon erwähnt, könnten auch die Mitgliedstaaten Italien oder Spanien zur dritten Kraft in der EU avancieren. Das ist eigentlich ein eigenes Thema für einen anderen Vortrag, aber ich werde an dieser Stelle nur ganz kurz zusammenfassen, warum es aktuell schwierig ist, sich vorzustellen, dass einer dieser EU-Staaten bald zur dritten Kraft Europas werden könnte. Warum ist dem so? Im Folgenden werde ich einige Antworten liefern.

Spanien hat gerade große innenpolitische Probleme (Stichwort: „Katalonien“). Auch früher war Spanien recht inaktiv auf EU-Ebene. Zur Erinnerung: Aus diesem Grund hat sich die Tür für Polen überhaupt erst geöffnet, die dritte Kraft Europas zu werden.

Was Italien betrifft, so war bereits vor dem Brexit-Referendum die Rede von dem erwarteten „Quitaly“, d. h. dem Austritt Italiens aus der EU. Es ist aber gut möglich, dass das Brexit-Referendum die Situation Italiens grundlegend geändert hat. Einige Medien meinten, dass das magische Dreieck Paris-London-Berlin (der Kitt, der die EU lange Zeit zusammenhielt), mittlerweile vollständig verschwunden sei. Jetzt würde stattdessen Italien die Rolle des europäischen Machtvermittlers einnehmen. Der sogenannte Brexit sollte die sehnüch-

---

<sup>36</sup> „Kwaśniewski: Zostaniemy sami. Orban nie będzie chciał jedyny szarżować na rzecz bratanków“ – „Kwaśniewski: Wir werden allein bleiben. Orban will nicht nur die Neffen belasten“ (eigene Übersetzung), 28.08.2017, <https://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/kwasniewski-trojkat-weimarski-nie-istnieje,767996.html> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>37</sup> „Coraz bardziej wycofujemy się z Unii Europejskiej“ – „Wir treten aus der EU immer mehr zurück“ – ein Gespräch mit Janusz Lewandowski (eigene Übersetzung), 26.08.2017, <https://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/spiecie-na-linii-polska-francja-polska-i-ue-fakty-po-faktach,767545.html> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

erwartete „europäische Katharsis“ in Italien bringen.<sup>38</sup> Wir müssen allerdings noch abwarten, ob Italien nach dem Brexit als die dritte Kraft der EU „wiedergeboren“ wird.

## Fazit und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es hat den Anschein, als ob das deutsch-französische Tandem in der heutigen EU in der Tat unvermeidlich ist. Die Frage ist nicht, ob ein Land aus Mitteleuropa die dritte Kraft wird, sondern eher, welche Rolle überhaupt Mitteleuropa in einer EU der (wahrscheinlich) mehreren Geschwindigkeiten zukünftig spielen wird.

Dazu hat Ivan Krastev in seinem letzten Buch einen interessanten Standpunkt präsentiert: Laut Krastev braucht Paris Berlin – und umgekehrt. Die Franzosen sind vielmehr als die Deutschen daran interessiert, Mitteleuropa an die Peripherie zu drängen. Sie halten es für Zeit- und Energieverschwendung, sich mit den mitteleuropäischen Staaten auseinanderzusetzen. Und die Idee einer (vertieften) Integration in der Eurozone, die von Paris unterstützt wird, erscheint sehr ermutigend. Andererseits: Dann könnten Kaczyński und Orban ihre Semi-Diktaturen weiter stärken. Fest steht jedenfalls Folgendes: Polen war noch nie weiter von Europa entfernt als momentan. Aber die Haltung Deutschlands ist das Wichtigste, denn es sind die Deutschen, die am Ende über die Zukunft der EU entscheiden werden. Die Position Deutschlands ist offensichtlich, da das Land in der Vergangenheit nicht ohne die Deutsche Demokratische Republik leben wollte, so will es heute nicht ohne Osteuropa leben.<sup>39</sup>

Es ist also gut möglich, dass die mitteleuropäischen Staaten, selbst wenn sie nicht dritte Kraft Europas werden sollten, zumindest zu einer politischen Kraft in der EU werden, wenngleich eine, die dann vom deutsch-französischen Tandem dominiert wird.

(Letzte Textaktualisierung: 14.12.2017)

---

<sup>38</sup> Vgl. hierzu unter: <http://www.independent.co.uk/voices/brexit-eu-referendum-europe-quitaly-italy-replacing-britain-third-european-power-a7169766.html> (letzter Zugriff: 10.12.2017).

<sup>39</sup> Vgl. Krastev, Ivan, After Europe, Philadelphia 2017.